



ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Beteiligt:

Betreff:

Unterbringung von Asylbewerbern in den Stadtbezirken

Beratungsfolge:

21.01.2015 Bezirksvertretung Hohenlimburg
27.01.2015 Bezirksvertretung Hagen-Mitte
11.02.2015 Bezirksvertretung Eilpe/Dahl
19.02.2015 Bezirksvertretung Haspe
25.02.2015 Bezirksvertretung Hagen-Nord

Beschlussfassung:

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.



Kurzfassung

Die Anzahl der Zuweisungen von Asylbewerbern erfordert für eine angemessene Unterbringung die Einrichtung von neuen Unterkünften und Wohnungen innerhalb des gesamten Stadtgebietes.

Diese Vorlage informiert über die geplanten und die noch zu prüfenden Immobilien.

Begründung

1. Am Ende des Jahres 2014 befinden sich knapp 600 Asylbewerber und Flüchtlinge in städtischen Gemeinschaftsunterkünften oder bereitgestellten Wohnungen. Flüchtlinge und Asylbewerber in selbst angemieteten Wohnungen sind in dieser Zahl nicht enthalten.

Bis zum Ende des Jahres 2015 wird mit weiteren 400 unterzubringenden Menschen zu rechnen sein. Hierbei ist berücksichtigt, dass ein Teil der Asylbewerber in selbst angemieteten Wohnraum umzieht oder eine Ausreise erfolgt.

2. Die vorhandenen Unterkünfte reichen auch bei der Inanspruchnahme von Übergangswohnungen und zusätzlich angemieteten Wohnraum nicht aus. Zudem erfordert die Unterbringung der Flüchtlinge eine Berücksichtigung der familiären und ethnischen sowie religiösen Besonderheiten, um mögliche Konflikte auf engem Lebensraum möglichst zu vermeiden. Die Stadt Hagen benötigt deshalb zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten.

Hierbei wird darauf geachtet, dass ein Umzug in selbst gemieteten Wohnraum erfolgen kann, wenn eine gesicherte Aufenthaltsperspektive gegeben ist.

Weiterhin wird darauf geachtet, eine räumliche Konzentration nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Handlungsspielräume sind bei der derzeitigen Situation allerdings begrenzt.

3. Zur Beschleunigung der Akquise geeigneter Immobilien und einer schnelleren Umsetzung ist verwaltungsintern eine Task-Force eingerichtet worden, der alle beteiligten Ämter angehören. Für die unmittelbare Betreuung und Unterstützung sind die personellen Möglichkeiten bei der Diakonie und der Stadt ausgeweitet worden.
4. Um eine möglichst schnelle Integration der Flüchtlinge und Asylbewerber zu erreichen, ist ein Runder Tisch eingerichtet worden, an dem neben den Ratsfraktionen die Wohlfahrtsverbände sowie zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt sind. Hierdurch soll eine Unterstützung der sozialen Betreuung sowie eine zielgerichtete Koordination der ehrenamtlichen Hilfeangebote erreicht werden.



5. Nachfolgend sind die bereits vorhandenen sowie die geplanten bzw. die ggf. in Zukunft noch zu prüfenden Unterkünfte pro Stadtbezirk aufgeführt:

5.1 Stadtbezirk Hohenlimburg (aktuelle Kapazität: 44 Plätze)

Ist-Belegung:

Belegungen Frankenweg (42 Plätze)

Planungen:

Zum Schloßblick (44 Plätze)

Wilhelmstr. (40 – 50 Plätze)

Unternehmer Str. (40 – 50 Plätze)

Prüfungen:

Grundschule Regenbogen (120 Plätze)

5.2 Stadtbezirk Haspe (aktuelle Kapazität: 90 Plätze)

Ist-Belegung:

Voerder Str. 80 Plätze

Bebelstr. (Hausmeisterwohnung) 10 Plätze

Planungen:

Grundschule Kückelhausen (70 Plätze)

5.3 Stadtbezirk Mitte (aktuelle Kapazität: 277 Plätze)

Ist-Belegung:

Seiler Str. 160 Plätze

Wohnungen Boelerstr. 59 Plätze, Werdestr. 15 Plätze

Langenbeckstr. 0 Plätze, Altenhagener Str. 5 Plätze

Bismarkstr. 6 Plätze, Schwanenstr. 6 Plätze

Planungen:

./.

Prüfungen:

./.

5.4 Stadtbezirk Nord (aktuelle Kapazität: 174 Plätze)

Ist-Belegung:

Posenerstr. 160 Plätze

Lenastr. 14 Plätze

Planungen:

Marienheim Vorhalle (50 Plätze)



Prüfungen:
Vorhaller Str. 52 (40 Plätze)

5.5 Stadtbezirk Eilpe / Dahl (aktuelle Kapazität: 57 Plätze)

Ist-Belegung:
Wohnungen Lothringer Str. 4 Plätze
Wohnungen Franzstr. 20 Plätze

Planungen:
./.
Prüfungen:
./.

Finanzielle Auswirkungen

Entfällt, da Berichtsvorlage

gez. Margarita Kaufmann
Beigeordnete



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

